

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Carsten Ubbelohde (AfD)

vom 19. Dezember 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Dezember 2024)

zum Thema:

Trends in der Drogenpolitik und im Drogenkonsum in Deutschland

und **Antwort** vom 10. Januar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Januar 2025)

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege

Herrn Abgeordneten Carsten Ubbelohde (AfD)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/21188

vom 19. Dezember 2024

über Trends in der Drogenpolitik und im Drogenkonsum in Deutschland

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Der REITOX-Bericht 2024 des nationalen Knotenpunkts an die EUDA hebt mehrere neue Trends in der Drogenpolitik und im Drogenkonsum in Deutschland hervor. Besonders auffällig ist die zunehmende Praxis des Mischkonsums, bei dem illegale Drogen verstärkt in Kombination mit Alkohol, Tabak oder verschreibungspflichtigen Medikamenten konsumiert werden. Diese Entwicklung bringt erhebliche gesundheitliche Risiken mit sich. Darüber hinaus zeigt sich eine Veränderung im Cannabiskonsum, d. h., eine steigende Präferenz für hochpotente Cannabisprodukte und synthetische Cannabinoide, die mit stärkeren gesundheitlichen Auswirkungen einhergehen. Auch die Ausbreitung neuer psychoaktiver Substanzen (NPS) stellt eine besondere Herausforderung für die Drogenpolitik dar, da diese schwer zu kontrollieren und zu regulieren sind.

Der Konsum von Cannabis und anderen illegalen Substanzen ist in Berlin signifikant höher als im Bundesdurchschnitt. Die 12-Monats-Prävalenz des Kokainkonsums in Berlin liegt beispielsweise bei 5 % im Vergleich zu 1,6 % bundesweit. Besonders betroffen sind jüngere Bevölkerungsgruppen.

Der Bericht verdeutlicht die Notwendigkeit einer umfassenderen und gezielteren Drogenpolitik in Berlin, insbesondere zur Unterstützung gefährdeter Gruppen wie Jugendlicher und junger Erwachsener.

1. Wie lauten die Herausforderungen, denen sich der Berliner Senat angesichts der Erkenntnisse des REITOX-Berichts stellen muss?

Zu 1.:

Der Berliner Senat sieht es als wichtige Aufgabe an, sich verstärkt mit der steigenden Komplexität des Drogenkonsums zu befassen und insbesondere den Mischkonsum und die zunehmende Nutzung hochpotenter Drogen sowie synthetischer Cannabinoide zu berücksichtigen. Es bedarf einer ganzheitlichen Strategie, um präventive, therapeutische und rechtliche Maßnahmen zu verknüpfen.

2. Wie plant der Senat, die steigende Prävalenz des problematischen Drogenkonsums, insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, zu adressieren? Gibt es Pläne für eine Intensivierung präventiver Maßnahmen in Schulen und sozialen Brennpunkten?

Zu 2.:

Der Senat plant, bestehende Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene und schulische Präventionsarbeit beizubehalten, um Risikogruppen weiterhin mit gezielten Angeboten der Aufklärung und Beratung sowie mit Frühintervention und Vermittlung ins Hilfesystem zu erreichen.

Das Landesprogramm „Gute gesunde Schule“ unterstützt Schulen dabei, der physischen und mentalen Gesundheit im Schulalltag besondere Bedeutung zuzumessen und kombiniert Gesundheitsförderung mit Suchtprävention. Ab Februar 2025 wird zudem in einem Pilotvorhaben der Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften an 10 Schulen im Landesprogramm erprobt. Weitere Programme, die Schulen im Bereich der Suchtprävention angeboten werden, sind u. a. „IPSY“ (Klasse 5 bis 7), „1000 Schätze-Programm“ (Klasse 1), „Karuna-Parcours“ (ab Klasse 5) und „Be smart - don't start“ (Klasse 6 bis 8). Des Weiteren bieten die Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) Beratung und Unterstützung für Schulen an, um tragfähige Konzepte zur Suchtprävention zu entwickeln. Der Podcast „Klasse Berlin“ der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie thematisiert in der Folge „Stärke statt Sucht: Wege der Prävention für Jugendliche“ (Season 1, Episode 3; 10. Juni 2024) ebenfalls die Thematik des Drogenkonsums unter Jugendlichen.

Diese präventiven Maßnahmen werden für alle Berliner Schulen und damit auch für Schulen in sozialen Brennpunkten angeboten.

3. Angesichts der gestiegenen Nachfrage nach Suchthilfeangeboten, wie wird der Senat die Versorgungssituation in ambulanten und stationären Einrichtungen verbessern, um die wachsende Klientel zu unterstützen? Werden zusätzliche Mittel bereitgestellt, um Wartezeiten zu reduzieren?

Zu 3.:

Das Land Berlin hält ein umfangreiches und gut aufeinander abgestimmtes Verbundsystem an Hilfen für suchtkranke Menschen vor. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel wird das Versorgungssystem kontinuierlich weiterentwickelt, um auf sich verändernde Bedarfe und Bedürfnisse von suchtgefährdeten oder suchtkranken Menschen zu reagieren und Zugänge zu den Angeboten zu erleichtern. Zusätzliche Mittel für einen Ausbau des Suchthilfesystems sind derzeit nicht vorgesehen.

4. Welche Strategie verfolgt der Senat, um den Mischkonsum illegaler Drogen mit legalen Substanzen wie Alkohol und Tabak einzudämmen, der als signifikantes Risiko identifiziert wurde?

Zu 4.:

Eine langfristige Strategie auf Bundesebene verfolgt das Ziel, den Zugang zu legalen Substanzen wie Alkohol, insbesondere für Kinder- und Jugendliche unter 18 Jahren, zu minimieren. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre die Abschaffung des begleiteten Trinkens für 14- bis 16-Jährige. Der Senat begrüßt diese Initiative, denn neueste Empfehlungen der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen betonen, dass es keinen unbedenklichen Alkoholkonsum gibt.

Neben solchen verhältnispräventiven Maßnahmen sind vor allem Präventionsangebote in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen unverzichtbar. Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel ist das Land Berlin hier bereits aktiv. Ein Beispiel hierfür ist das HaLT Projekt Berlin, welches sich an Kinder und Jugendliche bis 21 Jahre richtet, die riskant Alkohol konsumieren oder Mischkonsum betreiben (<https://www.halt-berlin.de/>). Auch die Fachstelle für Suchtprävention bietet verschiedene Informationsmaterialien sowie Veranstaltungen an, die die Themen Alkohol, Tabak oder Mischkonsum behandeln (<https://www.berlin-suchtpraevention.de/>).

5. Wie erklärt der Senat die signifikant höheren Konsumraten in Berlin im Vergleich zum Bundesdurchschnitt? Welche gezielten Maßnahmen werden in besonders betroffenen Bezirken wie Neukölln oder Friedrichshain-Kreuzberg ergriffen?

Zu 5.:

Der höhere Konsum in Berlin wird durch eine Kombination aus urbaner Dichte, spezifischen sozialen Herausforderungen, einer hohen Anziehungskraft und größeren Angebotsmärkten begünstigt, mit denen auch andere Großstädte oder Ballungsgebiete seit längerem konfrontiert sind.

Der REITOX-Bericht 2024 für Deutschland vergleicht den Drogenkonsum in Berlin mit anderen Regionen Deutschlands, enthält jedoch keine Daten zu einzelnen Berliner

Bezirken. Daher kann eine besondere Betroffenheit von Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg nicht direkt aus dem Bericht abgeleitet werden.

Beide Bezirke halten sowohl Drogenberatungsstellen als auch Alkohol- und Medikamentenberatungsstellen vor.

Des Weiteren sind in beiden Bezirken leicht zugängliche, niedrigschwellige Angebote, alltagspraktische Hilfen, Überlebenshilfen, Kontaktangebote und Möglichkeiten zur Weitervermittlung in andere Angebote oder Hilfesysteme vorhanden.

Im Rahmen des Sicherheitsgipfels, in dessen Folge ein berlinweites Maßnahmenpaket zu den Herausforderungen durch Drogenkonsum, Obdachlosigkeit, Mehrfachbelastungen von Wohnungslosen und die Übernutzung einzelner öffentlicher Orte gefördert wird, wurden mehrere Maßnahmen durch die Bezirke beantragt und umgesetzt.

Dabei handelt es sich im Wesentlichen um aufsuchende Straßensozialarbeit sowie Kiez- und Parkläuferinnen und -läufer.

Darüber hinaus haben beide Bezirke sich gemeinsam mit Mitte und Tempelhof-Schöneberg am Netzwerkfondsprojekt zum Umgang mit Drogen und Alkohol im öffentlichen Raum (NUDRA) beteiligt und dieses nach Auslaufen des Modellprojekts auf bezirklicher Ebene weitergeführt. Das Projekt umfasst Netzwerkarbeit, Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern und ein bezirkliches Monitoring zum öffentlichen Drogenkonsum und zu Raumnutzungskonflikten.

6. Angesichts des Anstiegs synthetischer Cannabinoide wie HHC, welche Pläne bestehen, um deren Konsum zu überwachen und zu regulieren? Gibt es Überlegungen, den Handel mit diesen Substanzen stärker zu kontrollieren?

Zu 6.:

Zahlreiche synthetische Cannabinoide, wie etwa HHC, fallen bereits als neue psychoaktive Substanzen unter das Neue-psychoaktive-Substanzen-Gesetz (NpSG).

7. Wie plant der Senat, die Zunahme drogenbezogener Delikte, insbesondere im Bereich Cannabisbesitz und -konsum, zu reduzieren?

Zu 7.:

Mit der Teillegalisierung von Konsumcannabis und der damit verbundenen Entkriminalisierung von cannabiskonsumierenden Menschen zum 01. April 2024 wurde bereits seitens des Bundesgesetzgebers ein erster Schritt zur Reduzierung drogenbezogener Delikte ergriffen.

Die Verringerung drogenbezogener Delikte erfordert eine ganzheitliche und differenzierte Strategie, die Prävention, Intervention, Therapie und Strafverfolgung miteinander kombiniert. Zu den zentralen Ansätzen gehören: Prävention und Aufklärung,

Frühintervention, Stärkung der Suchthilfeangebote, differenzierte Strafverfolgung, Förderung gesellschaftlicher Integration sowie verstärkte Forschung und Datenerhebung.

8. Plant der Senat, die Datenerhebung zu Konsummustern und problematischem Drogengebrauch zu verbessern, insbesondere um Trends rechtzeitig zu erkennen und effektive Gegenmaßnahmen zu ergreifen?

Zu 8.:

Der Senat lässt jährlich die Berliner Suchthilfestatistik zur aktuellen Situation der ambulanten und stationären Suchthilfe (abrufbar unter: www.berlin.de/lb/drogen-sucht/service/statistiken-und-berichte/) erstellen. Darüber hinaus nimmt der Senat an dem vorgegebenen Drei-Jahres-Rhythmus der bundesweiten Erhebung „Epidemiologischer Suchtsurvey“ teil. Der Bericht des Datenjahres 2024 wird Ende 2025 zur Verfügung stehen.

In Bezug auf den in den letzten Jahren verstärkten Crackkonsum wird der Senat eine Crackstudie beauftragen, mit der auch eine verbesserte Datenlage dieses Phänomens zu erwarten ist.

Berlin, den 10. Januar 2025

In Vertretung
Ellen Haußdörfer
Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege